



Das  
Institut für Sicherheitsforschung  
der Sigmund Freud PrivatUniversität Wien

&

Austria Tech GmbH  
Gesellschaft des Bundes für technologiepolitische  
Maßnahmen

erlauben sich höflichst, zur

Konferenz

# *Einladung*

**„Mehr Sicherheit für alle – aber wie?“  
Eine kritische Auseinandersetzung mit neuen  
Sicherheitstechnologien aus multidisziplinärer Sicht**

einzuladen.

Zeit:

**Donnerstag, 20. Mai 2010, 10.00-16.00 Uhr**

Ort:

**Tech Gate, A-1220 Wien, Donau-City-Straße 1**

Organisation:

**Dr. Manfred Andexinger**

Tel.: +43 664 549 36 54

[manfred.andexinger@sfu.ac.at](mailto:manfred.andexinger@sfu.ac.at)



Die Veranstaltung findet im Rahmen des KIRAS-Projekts „Entwicklung eines disziplinenübergreifenden nationalen Sicherheitsforschungsinstitutes (*Austrian Center for Comprehensive Security Research*) an der Sigmund Freud PrivatUniversität Wien“ (SFI@SFU) statt, welches durch das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) gefördert wird.

Um **Anmeldung bis 14.05.2010** im Institut für Sicherheitsforschung  
(**Frau Susanne Kindl**) wird gebeten!

Tel.: +43-1-798 62 90-50 oder

[susanne.kindl@sfu.ac.at](mailto:susanne.kindl@sfu.ac.at)

*Im Jänner 2009 legt ein Computer-Virus 3000 Kärntner Rechner lahm. Computer in der Landesregierung und in Bezirkshauptmannschaften sind vom Ausfall betroffen. Im darauffolgenden Dezember betritt ein schwer alkoholisierte Lehrer das Bezirksgericht Hollabrunn, um eine Richterin zu töten, aber eine Bedienstete stellt sich ihm in den Weg – sie bezahlt dafür mit ihrem Leben. Im selben Monat wird in Detroit, USA, ein Bombenattentat in einem Flugzeug gerade noch vereitelt. Der Ruf nach wirksameren Sicherheitsmaßnahmen wird laut. Doch die Kontroversen um deren Für und Wider stehen nur exemplarisch für die allgemeine Akzeptanz von neuen, bisweilen umstrittenen Sicherheitstechnologien.*

*Zeit für eine multidisziplinäre Betrachtung, die ohne Tabus Fragen aufwirft und im Spannungsfeld von öffentlicher Sicherheit und persönlicher Freiheit nach dauerhaften Lösungen sucht.*

### **Programmablauf:**

09:00 – 10:00    Registrierung

10:00 – 10:15    Begrüßung und Moderation

**Univ.-Prof. Dr. Alexander Siedschlag**  
Vorstand des Instituts für Sicherheitsforschung, SFU Wien

**Mag. Roland Dietrich**  
Geschäftsführer Technologietransfer, Austria Tech GmbH

#### Impulsreferate

10:15 – 11:20    **Em. o. Univ.-Prof. Dr. Giselher Guttmann**  
Psychologe, Vizerektor und Dekan der SFU Wien

**O. Univ.-Prof. Dr. Friedrich Steinhäusler**  
Ordinarius für Physik und Biophysik an der Universität Salzburg  
Leiter des EU-Forschungsprojekts CAST  
(Katastrophenmanagement)

11:20 – 11:30    *Kaffeepause*

**Oberst a. D. Alfred Rupf**  
Ehem. Kommandant der Flughafenpolizei  
Wien-Schwechat

11:30 – 12:45

**Hofrat Mag. Max Edelbacher**  
Ehem. Vorstand des Wiener Sicherheitsbüros

12:45 – 13:30    *Mittagsbuffet*

**N.N.**  
Datenschutzkommission Bundeskanzleramt

13:30 – 15:00

**DI Johannes Prinz**  
Frequentis AG, Anbieter von Sicherheitslösungen

**DI Markus Robin**  
SEC Consult, Unternehmensberatung GmbH

15:00 – 15:10

*Kaffeepause*

15:10 – 16:00

Zusammenfassende Podiumsdiskussion

Moderation  
**Dr. Manfred Andexinger**  
Institut für Sicherheitsforschung, SFU Wien

16:00

Bilanz und anschließender Ausklang am Buffet

## Hintergrund

Spätestens seit der Zerstörung des *World Trade Center* in New York und den schrecklichen Eisenbahnanschlägen in Madrid und London wurde die Verwundbarkeit der westlichen Welt weithin sichtbar. „Nine-Eleven“ hat unser wohliges Sicherheitsempfinden in seinen Grundfesten erschüttert, und in der Bevölkerung ist das Bedürfnis nach Schutz und Geborgenheit deutlich gestiegen. Sei es infolge terroristischer Anschläge, Gewaltverbrechen oder Umweltkatastrophen – das Thema Sicherheit hat angesichts der allgemeinen existenziellen Verunsicherung zunehmend an Bedeutung gewonnen.

Drei Vorfälle aus der jüngsten Vergangenheit erweisen exemplarisch, auf welchen tönernen Füßen unsere Sicherheit ruht. Sie zeigen aber auch, dass ein umfassender Schutz vor Bedrohungen – wenn überhaupt – nur um den Preis einer die persönliche Freiheit einschränkenden totalen Überwachung möglich wäre.

### 8. Jänner 2009

#### **Computervirus legt 3000 Kärntner Rechner lahm. Computer in der Landesregierung und in Bezirkshauptmannschaften von Ausfall betroffen.<sup>1</sup>**

Ein Computervirus hat rund 3000 Computer in der Kärntner Landesregierung und in den Bezirkshauptmannschaften lahmgelegt. Bei dem Virus handelt es sich um einen Internet-Wurm, der Passwörter ausspioniert, um missbräuchlich an die Infrastruktur heranzukommen. Zahlreiche Beamte waren ... Die Computerspezialisten hoffen jetzt auf die Wirkung neuer Anti-Viren-Programme. ... Priorität haben Rechner in wichtigen Regierungsbereichen. Über die Ursachen herrscht vorerst noch Unklarheit: Laut Experten könnte das Virus über USB-Sticks, das Internet oder E-Mails in das System des Landes eingedrungen sein.

### 16. Dezember 2009

#### **Tödliche Schüsse im ungesicherten Bezirksgericht.<sup>2</sup>**

Weil er sich bei seiner Scheidung ungerecht behandelt gefühlt hatte, plante ein Lehrer, eine Richterin in Hollabrunn zu erschießen. Stattdessen tötete er eine Rechtspflegerin, die ihn beruhigen wollte. Während im hinteren Teil des Bezirksgerichtes

<sup>1</sup> Vgl. Ausführungen in: *Die Presse* vom 9.01.2009

<sup>2</sup> Vgl. Ausführungen in: *Der Standard* vom 17.12.2009

Hollabrunn die Spurensicherer arbeiten, steht die Justizministerin vor dem Eingang des Amtsgebäudes ... (und) bringt gleich ein Versprechen mit: „Es wird eine mobile Kontrolle installiert werden, damit die Mitarbeiter sich morgen sicher fühlen können.“ ... Im Justizministerium verweist man wie bereits in der Vergangenheit auf die Kostenfrage. ... Da derzeit aber rund 100 der 141 österreichischen Gerichte unkontrolliert sind, würde die totale Überwachung auf rund zehn Millionen Euro zusätzlich kommen. Die aber durchaus notwendig erscheint: Im Vorjahr wurden fast 100.000 Waffen und gefährliche Gegenstände abgenommen – darunter 299 Schusswaffen.

### 25. Dezember 2009

#### **Ein Bombenattentat auf ein US-amerikanisches Flugzeug wird gerade noch vereitelt.<sup>3</sup>**

Nach dem missglückten Bombenattentat eines Nigerianers auf einen Airbus am vergangenen Freitag rückt ein Land zunehmend ins Visier der US-Ermittler: der Jemen, der dem Terrornetzwerk al-Qaida schon seit Längerem als Stützpunkt dient. Der mutmaßliche Terrorist Umar Faruk Abdulmutallab hatte nach seiner Verhaftung am Detroit Flughafen angegeben, den Sprengstoff von al-Qaida im Jemen erhalten zu haben. Die Terrorgruppe bekannte sich indessen auf einer Website zu dem versuchten Anschlag.

## Forderungen

In allen drei Fällen folgte der Frage, wie dies passieren konnte, die Forderung nach wirksameren Sicherheitsmaßnahmen und eine unvermeidliche Diskussion um das Für und Wider sowie die allgemeine Akzeptanz von (neuen) Sicherheitstechnologien.

- Das Computer-Virus in Kärnten löste einen breiten Nachdenkprozess über die Sicherheit unserer öffentlichen Infrastruktur aus und gipfelte in einem parlamentarischen Entschließungsantrag betreffend „Ein-

<sup>3</sup> Vgl. Ausführungen in: *Die Presse* vom 29.12.2009

richtung einer Verwaltungseinheit für Computersicherheit nach dem Muster des in der Bundesrepublik Deutschland bestehenden Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik.<sup>4</sup>

- Der Mord am Bezirksgericht Hollabrunn hatte zur Folge, dass die Justizministerin nicht nur über eine Verschärfung der Zugangskontrollen und eine Einschränkung des Parteienverkehrs nachdachte, sondern auch eine „Gemeinsame Obsorge nach Scheidung“ ins Auge fasste.
- Und das vereitelte Bombenattentat des mutmaßlichen al-Qaida-Terroristen löste europaweit eine Kontroverse um die Errichtung von „Nacktschannern“ auf Flughäfen aus. Länder wie Großbritannien, Italien und die Niederlande wollen die Geräte bald einführen, die Mehrheit der EU-Staaten, darunter auch Österreich, hat aber Bedenken wegen der Verletzung der Intimsphäre der Passagiere. Einen ganz eigenen Weg bei der Kontrolle von Flugpassagieren geht Israel, das weniger auf Hochtechnologie als auf menschliche Erfahrung setzt.

## Problemstellungen

Die genannten Beispiele erweisen exemplarisch das Für und Wider von neuen Sicherheitstechnologien im breiten Spannungsfeld zwischen öffentlicher Sicherheit und privater Freiheit. Dabei tauchen neue Fragen auf:

- ❖ Wie begegnet man dem Dilemma: Schutz der Privatsphäre (*citizen integrity*) versus soziale (öffentliche) Sicherheit (*social security*)? Dürfen Menschenrechte oder staatsgrundgesetzlich verbriefte persönliche Freiheitsrechte zugunsten der Wahrung des sozialen Friedens und der öffentlichen Sicherheit eingeschränkt werden? Wenn ja, wo liegen die Grenzen und wer definiert sie?
- ❖ Werden im Umfeld strukturell bedingter Interessenskonflikte (Stichwort: Scheidungen, Kindesobsorge) alle rechtlichen und psychologischen Möglichkeiten ausgeschöpft, um Aggressionspotential abzubauen und schon im Vorfeld die Wahrscheinlichkeit von affektiv bedingten Gewalttaten herabzusetzen?

- ❖ Wie hoch ist das Konfliktpotential religiös/kulturell bedingter Auseinandersetzungen infolge von Migration und wie kann es vermindert werden?
- ❖ Hat ein erhöhtes Sicherheitsempfinden positive Rückwirkungen auf das gedeihliche Zusammenleben innerhalb der Bevölkerung und trägt es zur Wahrung des sozialen Friedens bei?
- ❖ Haben (neue) Sicherheitstechnologien – ungeachtet ihres objektiv feststellbaren und messbaren Mehrwerts – auch Auswirkungen auf das subjektive Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung?
- ❖ Sind sich die Entwickler und Anbieter von Sicherheitstechnologien ihrer hohen Verantwortung bewusst? Berücksichtigen sie schon bei deren Entwicklung geistes- sozial- und kulturwissenschaftliche Aspekte [die so genannte „GSK“-Komponente] auf angemessene Weise?
- ❖ Wird einer möglichen Gesundheitsgefährdung – etwa durch Strahlenbelastung – bei der Einführung neuer Technologien ausreichend Rechnung getragen?

## Ziele

Angesichts der Vielschichtigkeit der Sicherheitsproblematik muss es unser Ziel sein, die interdisziplinäre Zusammenarbeit – sowohl auf akademischer Ebene als auch auf dem sicherheitstechnologischen Sektor – zu fördern.

Ebenso gilt es, Konsortialbildungen zu unterstützen, die unter Berücksichtigung des Spannungsfeldes: *Öffentliche Sicherheit – Sozialer Friede – Private Freiheit* geeignet sind, umfassende Sicherheitslösungen zu verwirklichen.

<sup>4</sup> Antrag 431/A(E) vom 22. Jänner 2009, XXIV. Gesetzgebungsperiode